



Innen- und Rechtsausschuss
Der Vorsitzende

Kiel, 14. November 2024
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1143
(0431) 988 1152
Fax (0431) 988 610 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzb e r i c h t

über die 71. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses**

am Mittwoch, dem 13. November 2024, 14:00 Uhr
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

Beginn: 14:05 Uhr

1. Bericht der Landesregierung zur Neukonzeption des Bäderdienstes der Landespolizei

Berichts Antrag des Abgeordneten Niclas Dürbrook (SPD)

[Umdruck 20/3920](#)

Das Innenministerium berichtet, eine Aussprache folgt.

2. a) Bericht der Landesregierung zur Festnahme eines Terrorverdächtigen in Schleswig-Holstein

Berichts Antrag des Abgeordneten Dr. Bernd Buchholz (FDP)

b) Sachstandsbericht über die Festnahme eines 17-Jährigen in Elmshorn wegen der Planung eines Terroranschlages auf einen Weihnachtsmarkt

Berichts Antrag der Abgeordneten Birte Glißmann (CDU)

[Umdruck 20/3937](#)

c) Bericht der Landesregierung zu einem Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat und der Verabredung zum Mord gegen einen 17-jährigen Elmshorner

Berichts Antrag des Abgeordneten Niclas Dürbrook (SPD)

[Umdruck 20/3936](#)

Justizministerin, Staatsanwaltschaft Flensburg und Innenministerin berichten in öffentlicher Sitzung. Eine Aussprache schließt sich an.

3. a) Vorbereitung eines Siebten Medienänderungsstaatsvertrages zur Änderung des Medienstaatsvertrages, ARD-Staatsvertrages, des ZDF-Staatsvertrages, des Deutschlandradio-Staatsvertrages und Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrages (Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks)

[Unterrichtung 20/190](#)

b) Vorbereitung eines Staatsvertrages zur Änderung des Medienstaatsvertrages, des ARD-Staatsvertrages, des ZDF-Staatsvertrages, des Deutschlandradio-Staatsvertrages und des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrages („Reformstaatsvertrag“)

[Unterrichtung 20/205](#)

Der Chef der Staatskanzlei, Minister Schrödter, berichtet über den Fortgang der Beratung des Reformstaatsvertrags. Der Direktor des Landesfunkhauses Schleswig-Holstein, Herr Thormählen, nimmt ebenfalls hierzu Stellung. Eine Aussprache folgt.

4. Aktueller Sachstand des Reformprozesses innerhalb des NDR

Der Tagesordnungspunkt wird abgesetzt.

5. Bericht der Landesregierung zum aktuellen Fluchtgeschehen

Die Integrationsstaatssekretärin berichtet, eine Aussprache folgt.

6. Ausweisung sicherer Herkunftsstaaten

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 20/1058](#) (neu)

Der Ausschuss schließt die Beratung des Antrags ab. Mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW gegen die Stimme der FDP empfiehlt der Ausschuss den Antrag dem Landtag zur Ablehnung

7. Strategie zur Integration und Teilhabe des Landes Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 20/2385](#)

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

8. Kinder- und Jugendgewalt entschieden entgegentreten

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW

[Drucksache 20/2328](#)

Kinder- und Jugendgewalt ganzheitlich begegnen

Alternativantrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 20/2365](#)

Der Ausschuss schließt sich zu beiden Vorlagen den jeweiligen Voten der Fraktionen im federführenden Bildungsausschuss an.

9. Information/Kennntnisnahme

[Unterrichtung 20/202](#) – Entwurf eines Staatsvertrages zur Änderung des Staatsvertrages zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein über die Errichtung eines gemeinsamen Statistischen Amtes als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts (Änderungsstaatsvertrag Statistikamt Nord)

[Unterrichtung 20/203](#) – Gesetzentwurf der Landesregierung „Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und den Ländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern über die Errichtung eines gemeinsamen Senats des Finanzgerichts Hamburg

[Unterrichtung 20/204](#) – Gemeinsame Absichtserklärung zur weiteren Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen dem Land Schleswig-Holstein (Bundesrepublik Deutschland) und der Präfektur Hyogo (Japan)

[Unterrichtung 20/206](#) – Erste Änderung der Bund-Länder-Vereinbarung betreffend den Erhalt der Gräber der unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft verfolgten Sinti und Roma vom 5. Dezember 2018

[Unterrichtung 20/208](#) – Jahreskonferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 23. bis 25. Oktober 2024 in Leipzig

Der Ausschuss nimmt die Vorlagen zur Kenntnis.

10. Verschiedenes

Der Vorsitzende weist auf das Erfordernis einer zusätzlichen Sitzung am Rande des Dezember-Plenums hin. – Abgeordneter Dr. Dolgner kündigt an, eventuell für den 4. Dezember 2024 einen Berichts Antrag der Landesregierung zu vom Statistikamt Nord zum Mikrozensus übersandten Schreiben an Bürgerinnen und Bürger zu stellen.

Schluss: 18:10 Uhr

gez. Dr. Sebastian Galka